

## Entwicklung der Hochschulen in der EU im Spannungsfeld zwischen Europäisierung und Regionalisierung

Susanne Grimm

Wie sollte eine Hochschulentwicklung in der EU zukünftig verlaufen? Sie muß zweigleisig erfolgen. Der eine Entwicklungsstrang heißt Europäisierung, basierend auf gleichen Entwicklungstrends in den Ländern der EU (in der demographischen Situation, im Qualifikationsbedarf und -angebot). Um hier eine Vereinheitlichung der Hochschulbildung zu erreichen, müssen bestimmte Erfordernisse erfüllt werden. Der andere Entwicklungsstrang heißt Regionalisierung, basierend auf Ungleichzeitigkeiten im Modernisierungsprozeß der Länder der EU. Hochschulentwicklung sollte hier auf diese regionalen Disparitäten in Form einer Differenzierung Bezug nehmen. Daß "Zentrum" und "Peripherie" innerhalb der EU hierbei neue räumliche Ungleichgewichte bedeuten, sei insbesondere betont.

Wie die Hochschulentwicklung tatsächlich verlaufen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die Spannung zwischen beiden Prozessen auf den verschiedenen Politikebenen (EU, Bund, Ländern) ausgehandelt wird.

## **1 Einführung**

Der Titel des Beitrags benennt bereits das soziale Problem, mit dem die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union innerhalb ihres Integrationsprozesses konfrontiert sind: zum einen den Herausforderungen einer Europäisierung zu entsprechen, zum anderen die Erfordernisse einer Regionalisierung zu berücksichtigen. Zwischen beiden Prozessen besteht ein Spannungsfeld, das die Politik auszuweiten hat. Spannungen ergeben sich dabei auf dem Hintergrund gemeinsamer und unterschiedlicher Strukturmerkmale bzw. unterschiedlicher Phasen der Mitgliedsländer im Prozeß der Modernisierung. Welche Konsequenzen aus diesem Spannungsverhältnis für eine Differenzierung der Politik resultieren, soll am Beispiel der Hochschulentwicklung erläutert werden.

Der europäische Binnenmarkt ist 1992 vollendet worden. In diesem einheitlichen Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen sollen nunmehr der freie Verkehr von Waren, Personen, Kapital- und Dienstleistungen gewährleistet sein (vier Grundfreiheiten). Die Schaffung dieses Binnenmarktes hat in vielerlei Hinsicht aber auch Auswirkungen auf das Bildungssystem und dessen Verhältnis zum Beschäftigungssystem.

In welcher Weise das Bildungssystem - und hier im besonderen die Hochschulen - von dieser Europäisierung tangiert werden, will ich im ersten Teil meiner Analyse erläutern. In welcher Weise innerhalb der EU regionale Disparitäten bestehen, soll im zweiten Teil skizziert werden. Aussagen zur Regionalisierung der Hochschulentwicklung sollen meine Ausführungen abschließen.

## **2 Europäisierung der Hochschulentwicklung**

Europäisierung heißt zum einen, daß sich in den Rahmenbedingungen der Hochschulentwicklung der Mitgliedsländer gemeinsame Entwicklungstrends erkennen lassen, die den Austausch von Personen und Dienstleistungen innerhalb der Gemeinschaft erleichtern, Europäisierung heißt zum anderen, daß Unterschiede in der Hochschulentwicklung zwischen den Mitgliedsländern bestehen, die Hemmnisse darstellen, die zur Förderung der Mobilität innerhalb der Gemeinschaft abgebaut werden müssen und in dieser Hinsicht Erfordernisse darstellen. Europäisierung meint in diesem Zusammenhang Vereinheitlichung, indem Gemeinsamkeiten Erleichterungen in der Berücksichtigung der vier Grundfreiheiten darstellen und Unterschiede soweit abgebaut werden müssen, daß sie keine Behinderungen dieser Freizügigkeit bedeuten.

## 2.1 Rahmenbedingungen einer Europäisierung

Welche gemeinsamen Entwicklungstrends zeichnen sich im Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem unter den Mitgliedsländern der EU ab? Gemeinsamkeiten bestehen in dreierlei Hinsicht: der demographischen Entwicklung, des Qualifikationsbedarfs und des Qualifikationsangebots.

### 2.1.1 Demographische Entwicklung

Geburtenberge und -täler haben auf die Bedingungen des Bildungssystems als auch des Arbeitsmarktes einen wesentlichen Einfluß. Wegen des ständigen Rückgangs der Geburtenrate - quer durch Europa - seit Mitte der 60er Jahre kommt es in den 90er Jahren zu einer ausgeprägten Verringerung der Zahl der Schulabgänger, die in das Berufsleben eintreten oder eine Hochschulbildung erlangen wollen (siehe Abb. 1<sup>1</sup>) (vgl. *Kommission 1991 a*).

Der Rückgang unterscheidet sich zwar in den einzelnen Mitgliedsländern, er findet jedoch in allen Ländern der Gemeinschaft statt (vgl. Tab. 1).

Die demographische Abwärtsentwicklung hat zu der Voraussage geführt, daß um das Jahr 2000 etwa 300.000 mehr Arbeitskräfte aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden als Anfänger in das Berufsleben eintreten (*Kommission 1991 a, S. 6*).

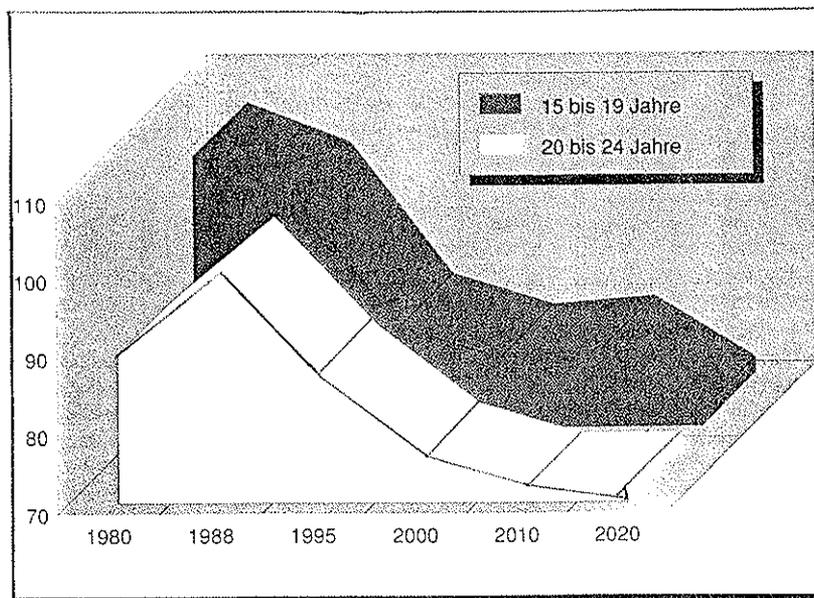
### 2.1.2 Qualifikationsbedarf

Die Vollendung des EU-Binnenmarktes beschleunigt in Europa die Entwicklung zu einer immer stärkeren internationalen Verflechtung und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Ebene. "Die Verschärfung der Wettbewerbsbeziehungen ... verändert einerseits den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft und entsprechend die Anforderungen an die Absolventen des Bildungssystems und macht andererseits die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems selbst zu einem Standortfaktor im europäischen Wettbewerb" (*Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1991, S. 4*).

---

<sup>1</sup> Die Abbildung stellt den Trend der Bevölkerungsentwicklung für die 15-19-Jährigen und 20-24-Jährigen in der Gemeinschaft dar.

Abb. 1: Demographische Entwicklung in der EU



Quelle: Kommission 1991 a, S. 5

Bei der Entwicklung des Qualifikationsbedarfs zeigt sich folgendes Bild: "Trotz unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen läßt sich in allen EU-Ländern eine Verschiebung des Qualifikationsbedarfs zugunsten qualifizierter Tätigkeiten und zu Lasten der Hilfstätigkeiten beobachten." (*Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1991, S. 53*) Die Gründe für diese insgesamt ähnliche Entwicklung in allen EU-Ländern - des generellen Mehrbedarfs an qualifiziertem Personal - hängen mit der wachsenden Integration des EU-Binnenmarktes zusammen. Der wachsende Wettbewerb zwischen den Unternehmen zwingt zu einer Angleichung des Produktionsniveaus, d.h. zum Einsatz neuester Techniken und Organisationsformen (vgl. *Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, S. 53*).

Bezogen auf die Beschäftigungssituation für Hochschulabsolventen in den wichtigsten EU-Partner-Ländern läßt sich resümieren: Trotz rückläufiger demographischer Entwicklung wird angesichts des Anstiegs des Akademisierungsgades ein steigender Bedarf an Hochschulabsolventen prognostiziert. (*Tessaring 1993, S. 43*).

Tab. 1: *Junge Menschen (20 - 24) in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (1988 = 100)*

	1980	1988	1995	2000	2010	2020
B	101.7	100	85	77	74	65
DK	88.2	100	88	78	69	75
D	85.5	100	62	56	63	53
GR	91.3	100	92	93	-	-
E	89.5	100	99	93	75	80
F	98.3	100	98	85	86	83
IRL	98.0	100	92	95	82	74
I	83.3	100	91	76	58	58
L	99.3	100	81	77	81	76
NL	93.8	100	89	74	77	82
P	95.6	100	102	95	-	-
UK	85.7	100	83	73	82	86
EG	89.2	100	86	76	72	72

Quelle: Eurostat (*Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1991 a, S. 5*)

### 2.1.3 Qualifikationsangebot

Das Qualifikationsangebot ergibt sich aus

- der demographischen Entwicklung,
- der Entwicklung der Erwerbsquoten und
- den Tendenzen der Bildungsnachfrage.

Die demographische Entwicklung der EU-Länder ist nicht nur durch rückläufige und stagnierende Geburtenraten gekennzeichnet - mit Ausnahme Portugals -, sondern auch durch erhebliche Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. "Besonders auffällig ist dies bei der Entwicklung der Erwerbspersonen im Alter unter 25 bzw. über 55 Jahren (vgl. *Tessaring 1993, S. 52*).

Während die Erwerbsbeteiligung der Männer in den mittleren Altersgruppen zwischen 35 bis 50 nahezu ausgeschöpft ist, zeigt die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen länderspezifisch noch erhebliche Unterschiede. Hier ist in etlichen Ländern in Zukunft eine Zunahme der Voll- und Teilzeitbeschäftigung zu erwarten.

Da "am Ende des Jahrhunderts etwa 80 % der jetzigen Arbeitskräfte immer noch berufstätig sein werden" (*Kommission 1991 a, S. 6*), Wissen und Qualifikationen aber immer schneller veralten, wird die Qualifikation der vorhandenen Arbeitskräfte in zunehmendem Maße durch Weiterbildung aktualisiert werden müssen.

Die Bildungsnachfrage der Bevölkerung nach weiterführender Bildung ist in der Gemeinschaft ständig gestiegen. So wuchs der Anteil der Studierenden im Altersjahrgang der 19-24-Jährigen der Bevölkerung zwischen 1970/71 und 1985/86 in den 12 Mitgliedsstaaten von 16 % auf 21 % bei Männern und von 10 % auf 19 % bei Frauen (vgl. *Kommission 1991 a, S. 6*)<sup>1</sup>.

Da der Bedarf an Höherqualifizierten steigt, - wie ich eingangs nachgewiesen habe - ist auch mit einer steigenden Nachfrage der Bevölkerung nach einer Hochschulbildung zu rechnen.<sup>2</sup> Hierbei sollte im besonderen die Notwendigkeit berücksichtigt werden, geschlechtsspezifische Chancengleichheiten abzubauen.

## 2.2 Erfordernisse einer Europäisierung

Will man die Maßnahmen beurteilen, die das Memorandum zur Hochschulbildung 1991 vorschlägt, so ist es zunächst wichtig zu erkennen, daß die Kommission in der Hochschulpolitik die Strategie des Festhaltens an der Verschiedenartigkeit der Hochschulbildung in der EU (vgl. *Kommission 1991 a, S. 38*) verfolgt. Es ist das Konzept der Harmonisierung, d.h. einer positiven Anpassungspolitik an kulturelle Differenzen der einzelnen Nationalstaaten. Anders formuliert: die Kommission wahrt das Subsidiaritätsprinzip, nach dem die nationalen Staaten der Gemeinschaft in ihrer Politik von der EU unterstützt und ergänzt, aber nicht ersetzt werden sollen.

---

<sup>1</sup> Diese Prozentsätze sind durchweg niedriger als in den Vereinigten Staaten und Japan und schwanken je nach Gemeinschaftsland stark.

<sup>2</sup> Für die Bundesrepublik Deutschland prognostiziert Tessaring für 2010 sogar eine allmähliche Nachfragerücke (vgl. *Tessaring 1991, S. 23*).

Der Vertrag von Maastricht, der am 24. Februar 1992 unterzeichnet wurde, setzte zwei Meilensteine auf dem Weg zum europäischen Bildungsraum: ein Kapitel zur allgemeinen Bildung (Art. 126) und eines zur beruflichen Bildung (Art. 127).

### **2.2.1 Doppelstrategie der EU-Kommission in der Förderung der Hochschulentwicklung**

Um zu große Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten zu vermeiden, verfolgt die EU in der Hochschulförderung eine Doppelstrategie: einerseits Hindernisse abzubauen, andererseits Mobilitätsanreize zu erhöhen (*Kommission 1991 a, S. 28*).

Als wichtigste Hemmnisse bzw. Mobilitätsanreize in der Gemeinschaft gelten:

- **Sprachprobleme bzw. die Förderung fremdsprachlicher Kompetenz**

Da unzureichende Fremdsprachenkenntnis ein zentrales Mobilitätshemmnis darstellt, ist die Förderung fremdsprachlicher Kompetenz eine zentrale Voraussetzung der Mobilitätsfähigkeit von Lehrenden und Lernenden. Erwerb und Vertiefung fremdsprachlicher Kompetenz sollten - in Ergänzung zum Fachstudium - während der Hochschulausbildung möglich sein und als Zulassungsvoraussetzung und/oder ergänzende Studienleistung anerkannt werden.

Grundvoraussetzung ist eine positive Einstellung von Lehrenden und Lernenden gegenüber einem Sprachstudium. Institutionell bestehen zur Förderung fremdsprachlicher Kompetenz mehrere Möglichkeiten<sup>1</sup>:

- Lehrveranstaltungen in den europäischen Gemeinschaftssprachen anzubieten,
- Sprachlabors für den Selbstunterricht einzurichten,
- interdisziplinäre Diskussionskolloquien zu institutionalisieren, verstärkt Auslandsaufenthalte auszuschreiben und
- die Rolle der Sprachabteilungen in Hochschuleinrichtungen neu zu überdenken.

---

<sup>1</sup> Die zentrale Bedeutung fremdsprachlicher Kompetenz wurde durch die Verabschiedung des Lingua-Programms 1989 zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der EU unterstrichen.

- **Anerkennungsprobleme bzw. Anerkennung von Qualifikationen und Studienzeiten**

Der Freizügigkeit der Studierenden innerhalb der EU stehen gegenwärtig Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Qualifikationen und vorangegangenen Studien im Wege. Angesichts der Heterogenität europäischer Hochschulen ist daher gegenwärtig die Anerkennung von Studienleistungen und -abschlüssen zentral. Um dem Grundsatz der Harmonisierung zu entsprechen, hat die Kommission ein 'Europäisches System zur Anrechnung von Studienleistungen' eingeführt. Dieses Verfahren wird im Rahmen des Erasmus-Programms erprobt und umfaßt gegenwärtig 80 Hochschulen in fünf Fachbereichen (vgl. *Kommission 1991 a, S. 36*).

- **Informationsdefizite bzw. der Ausbau eines Informationssystems**

Studenten sind nach wie vor unzureichend informiert über Studienmöglichkeiten innerhalb der EU. Soll der freie Verkehr von Personen und Dienstleistungen - trotz heterogener Hochschulsysteme - gewährleistet sein, so besteht ein zusätzlicher Informationsbedarf für Einzelpersonen wie auch Hochschuleinrichtungen. Dabei handelt es sich um Informationen über Studien- und Arbeitsmöglichkeiten, Einstellungsbedingungen, Karriereausichten sowie über Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Lehr- und Forschungsbereich. Die Kommission beabsichtigt daher für die Mitgliedsländer ein umfassendes Informationssystem aufzubauen, das auch eine regelmäßige Berichterstattung über Veränderungen impliziert (vgl. *Kommission 1991 a, S. 41*).

- **Finanzielle Probleme bzw. der Ausbau spezifischer Aktionsprogramme**

Da auch finanzielle Probleme manchmal Mobilitätshemmnisse darstellen, steht die völlige Übertragbarkeit von Zuschüssen, Darlehen und Stipendien zur Diskussion. Die Einführung eines Euro-Darlehens zur Erleichterung eines Auslandsstudiums in der Gemeinschaft wird dabei geprüft. Seit Mitte der 80er Jahre hat der Ministerrat zur Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden innerhalb der Gemeinschaft vier unterschiedliche

Programme institutionalisiert, die weiter ausgebaut werden sollen (Erasmus, Lingua, Comett und Tempus)<sup>1</sup>.

### 2.2.2 Zusammenarbeit der Hochschulen auf europäischer Ebene

Die Förderung der Zusammenarbeit der Hochschulen in Forschung und Lehre soll auf drei Ebenen erfolgen:

- durch Austausch von Lehrpersonal zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten,
- die Entwicklung gemeinsamer Lehrprogramme und
- gemeinsame Projekte (s. Art. 130f des Vertrages von Maastricht)

(vgl. *Kommission 1991 a*, S. 39; *Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1992*, S. 11).

### 2.2.3 Erhöhte Investition der EU in Aus- und Weiterbildung

Daß die zur Verfügung stehenden Mittel zum Ausbau der Mobilitätsprogramme Erasmus, Comett und Lingua und des Europäischen Systems zur Anrechnung der Studienleistungen (Aktion 3 des Erasmus-Programms) "erheblich erhöht ... werden müssen", wird im Memorandum besonders erwähnt (vgl. *Kommission 1991 a*, S. 29). Darüber hinaus wird eine erhöhte Investition der EU auch für den Ausbau des Informationssystems notwendig.

---

<sup>1</sup> *Erasmus*: Studenten- und Dozenten-Mobilitätsprogramme, bei denen 1990-91 fast 1000 Hochschulen beteiligt waren;  
*Lingua*: Zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse;  
*Comett*: Zur Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der höheren beruflichen Bildung auf dem Gebiet der Technologie;  
*Tempus*: Zur Entwicklung des Hochschulwesens in Mittel- und Osteuropa.  
Die bisherigen Bildungsprogramme Erasmus, Lingua und Comett laufen 1994 aus. Ab 1995 soll das Sokrates-Programm die früheren Programme Erasmus und Lingua u.a. umfassen, während Comett künftig unter dem Leonardo-Programm u.a. weitergeführt wird.

### **3 Regionale Disparitäten**

Daß innerhalb des einheitlichen Wirtschaftsraums regionale Unterschiede zwischen den zwölf Mitgliedsländern bestehen, ist eine bekannte Tatsache. Unterschiede ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Art, die auf Ungleichzeitigkeiten im Modernisierungsprozeß verweisen, Konfliktlagen und Interessenunterschiede signalisieren, machten eine Struktur- bzw. Regionalpolitik innerhalb der Gemeinschaft notwendig.

#### **3.1 Räumliche Ungleichgewichte**

Inwieweit regionale Disparitäten bestehen, soll zunächst unter ökonomischem und politischem Aspekt skizziert werden. Unterschiede kultureller Art werden unter dem Aspekt der Regionalisierung der Hochschulbildung angesprochen.

Unter dem ökonomisch-sozialen Aspekt lassen sich drei Arten von Problemregionen unter den Mitgliedsländern am Ende der 80er Jahre unterscheiden (vgl. *Kommission 1991 b*, S. 47 - 51):

##### **3.1.1 Regionen mit Entwicklungsrückstand (Zielgruppe 1)**

In diesen Gebieten erreicht das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nicht mehr als 75 Prozent des EU-Durchschnitts.

Alle diese Regionen zeichnen sich durch eine periphere Lage im Süden oder Westen der Gemeinschaft aus: Griechenland, Portugal, Teile von Spanien, Süditalien, Sardinien, Irland, Nordirland und Korsika.

##### **3.1.2 Industrieregionen mit rückläufiger Entwicklung (Zielgruppe 2)**

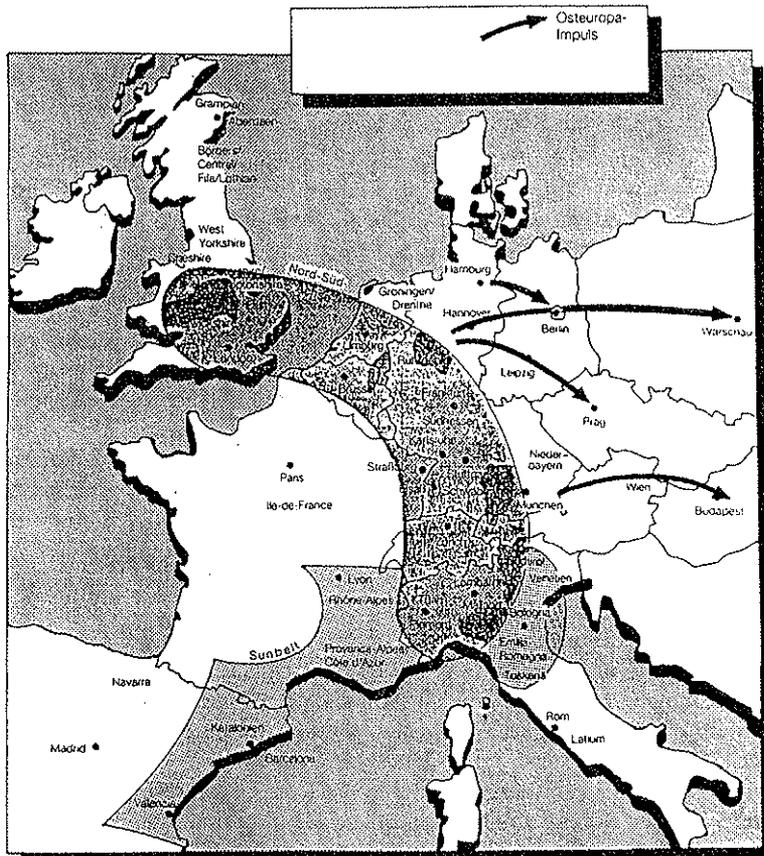
Unter diese Problemregionen fallen Länder, in denen die Arbeitslosenquote über dem EU-Schnitt liegt und bei denen die Beschäftigung in der Industrie zu einem großen Teil in rückläufigen Branchen - Kohle, Stahl, Schiffsbau oder Textil - erfolgt.

Zu ihnen gehören nördliche und westliche Industrieregionen Großbritanniens, Nordfrankreich, Nordspanien, aber auch alte Industriereviere in Belgien, die norditalienische Küstenregion, das Ruhrgebiet, das Saarland und Berlin und Teile der neuen Bundesländer in der Bundesrepublik.

### 3.1.3 Ländliche Gebiete (Zielgruppe 5b)

In diesen Regionen haben die Beschäftigten in der Landwirtschaft einen hohen Anteil an der regionalen Gesamtbeschäftigung; sie erzielen hierbei ein niedriges Einkommen, so daß die regionale gesamtwirtschaftliche Leistung unterdurchschnittlich ist. Hierzu gehören Frankreich, die neuen Bundesländer und Italien.

Abb. 2: Europäische Wachstumszentren



Quelle: Ifo-Schnelldienst, Heft 9/1990, S. 20

Räumliche Disparitäten unter ökonomischem Aspekt beziehen sich - wie alle Beispiele zeigen - auf ein Regionalgefälle zwischen aber auch in den Mitgliedsländern (vgl. Abb. 2).

Was wissen wir heute über die Auswirkungen der Integration auf diese Regionen und Länder im EU-Raum? Generell gehen empirische Untersuchungen davon aus, daß die Liberalisierung der Märkte mehr Wachstum bringen wird, daß aber diese Wachstumsgewinne regional ungleich verteilt sein werden. Die These, daß die heute schon hochentwickelten Länder voraussichtlich von der Integration profitieren werden, während sich für die relativ schwachen Staaten die Probleme eher vergrößern dürften, hat sich im Verlauf der 70er und 80er Jahre bestätigt (vgl. *Götzmann/Seifert 1992, S. 45*).

Für die Erfassung solcher sozialen Ungleichheiten wird das Konzept der "peripheren und zentralen Lage" verwandt. Diese Begriffe bezeichnen wirtschaftliche, politische und kulturelle Ungleichheiten und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen höherentwickelten, dominanten Regionen und Staaten und wenig bzw. unterentwickelten Staaten und Regionen. Reinhard Kreckel bemerkt ergänzend: Dieses Konzept "beschreibt ein Spannungsfeld, das typischerweise durch Kräftekonzentration im Zentrum und Kräftezersplitterung an der Peripherie gekennzeichnet ist. Periphere Lagen sind strukturell verankerte Bedingungskonstellationen, aus denen sich für die Betroffenen Benachteiligungen hinsichtlich ihrer Zugangsmöglichkeiten zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten materiellen und/oder symbolischen Gütern ...ergeben. Periphere Lagen können in lokalen, regionalen, nationalen und weltweiten Strukturzusammenhängen auftreten, die einander überlagern können." (*Kreckel 1992, S. 42*) Max Haller und Franz Höllinger, welche die Herausbildung, Beschreibung und Verfestigung sozioökonomischer Zentren und Peripherien im Kontext "Europa" analysieren und interpretieren, weisen darauf hin, "daß eine Regionalisierung Europas auf Länderebene die Abgrenzung zwischen Zentren und Peripherien nur unzureichend erfassen können." (*Haller/Höllinger 1994*).

Auf welche Bedingungen wird die Entstehung der Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie in Europa zurückgeführt? Haller und Höllinger diskutieren in ihrem Beitrag unterschiedliche Konzepte: Für den wirtschaftsgeografisch-funktionalen Ansatz - entwickelt von Walter Kristaller - ist der Begriff des "zentralen Orts" hinsichtlich von Verkehr, Versorgung und Zuordnung staatlicher Verwaltung eine Schlüsselkategorie. Die Einteilung Europas nach diesem Modell in neun Untereinheiten berücksichtigt zwar ein Regionalgefälle zwischen und in den Mitgliedsländern, erfaßt aber wichtige Differenzierungen innerhalb Europas nicht. Haller und Höllinger

verweisen auf zwei Defizite: Die ungenügende Berücksichtigung kultureller und politischer Faktoren und die Konzentration auf Europa als einer in sich mehr oder weniger geschlossenen Region, d.h. ohne Berücksichtigung der Verflechtungen Europas mit den außereuropäischen Wirtschaftsräumen.

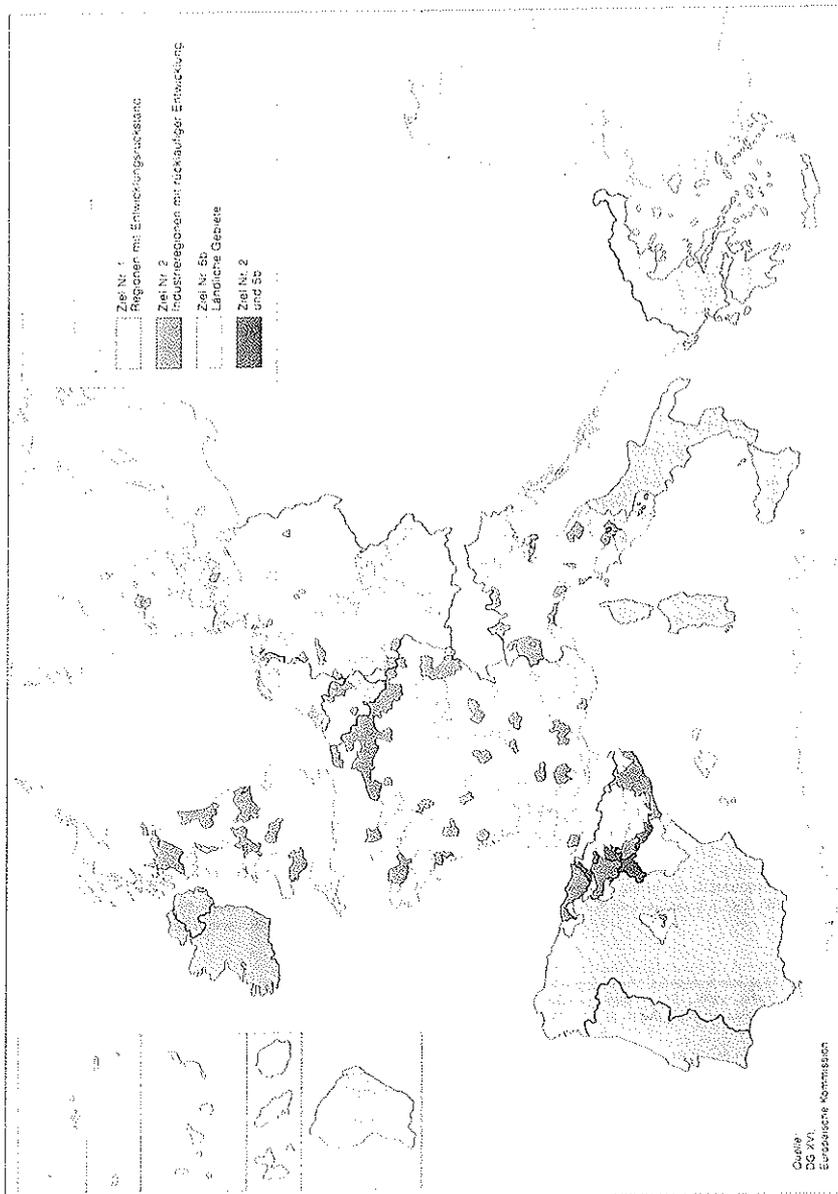
Für Edward Shils, dem herausragenden Vertreter des kulturosoziologischen Ansatzes, ist die "zentrale Zone" einer Gesellschaft nicht primär geographisch lokalisiert, sondern durch das Wertsystem einer Gesellschaft definiert. Zustimmung und Unterstützung dieses zentralen Wertsystems variieren nicht nur auf den verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Hierarchie, sondern nehmen auch ab vom geographischen Zentrum bis zur Peripherie einer Gesellschaft.

Die Tatsache, daß im Rahmen der Einigung Westeuropas größter Wert darauf gelegt wird, die Entstehung eines Übergewichts irgendeines einzelnen Landes zu vermeiden, ist ein Argument gegen diesen Ansatz. Daß die Begriffe "Zentrum" und "Peripherie" darüber hinaus ihre spezifische Aussagekraft verlieren, wenn man sie von der Beziehung auf ein Territorium löst, wie dies bei Shils der Fall ist, ist ein zweiter Kritikpunkt.

Das umfassendste theoretische Konzept stellt der integrative Ansatz von Stein Rokkan und seinen Mitarbeitern dar. Ausgehend vom Begriff des Territoriums wird zwischen monokephaler Struktur (Konzentration wirtschaftlicher, kultureller und militärisch-administrativer Macht auf ein und dieselbe Region) - z.B. London oder Paris - und polikephaler Struktur (Differenzierung zwischen industriell und tertiär geprägten Zentren auf unterschiedliche Orte) - z.B. in der Bundesrepublik Deutschland oder der Schweiz - unterschieden. In ihren empirischen Arbeiten haben Stein Rokkan und seine Mitarbeiter ein Fülle interessanter Hypothesen und Befunde zur Staaten- und Nationenbildung in Europa entwickelt.

Hieraus folgt als Resumée: Das Regionalgefälle zwischen und in den Mitgliedsländern, d.h. zwischen "zentralen" und "peripheren" Lagen von Kollektiven und daraus resultierende mögliche Konflikte basieren auf einem Macht- und Zugangsgefälle zu materiellen und kulturellen Ressourcen.

Abb. 3: Ziel-Nr.-1-, Ziel-Nr.-2- und Ziel-Nr.-5b-Regionen



### 3.2 Regionalpolitik der Gemeinschaft

Die Strukturhilfen der Gemeinschaft zielen darauf ab, den Abstand zwischen den verschiedenen Regionen und den Rückstand der am wenigsten begünstigten Gebiete zu verringern und dadurch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EG zu stärken (vgl. *Kommission 1991 b*). Die regionalen EG-Strukturfondsmittel sind 1988 für den Zeitraum 1989 - 93 erstmals verdoppelt (Delors-I-Paket)<sup>1</sup> und 1992 für die Jahre 1994 - 99 nochmals verdoppelt worden (Delors-II-Paket)<sup>2</sup>. Die Verteilung der erhöhten Finanzmittel konzentriert sich daher auf die oben skizzierten schwächsten Länder und Regionen (vgl. Tab.3), d.h. die Förderprogramme sind finanziell so ausgestattet, daß sie in den ärmsten Ländern, Portugal und Griechenland, aber auch in Irland den größten Impuls setzen sollten.

Wie sind die Erfolgsaussichten dieser Regionalpolitik zu bewerten? Positiv zu bewerten sind die Erhöhung der Haushaltsmittel der Strukturfonds und die dezentrale Interventionsmöglichkeit der "betroffenen sozio-ökonomischen Kreise". Diese Dezentralisierung soll einen Anstoß zur wirtschaftlichen Entwicklung auslösen: eine Basisinfrastruktur zu errichten (Verkehr, Bildung, Kommunikation und Energie), die private Investitionstätigkeit anzuregen und Humankapital zu bilden. Oberstes Ziel der europäischen Regionalförderung ist das Auseinanderdriften von Lebensverhältnissen zu begrenzen.<sup>3</sup>

Stellt man den prognostizierten Wachstumseffekten die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung gegenüber, so zeigt sich für die Laufzeit von 1989-93 folgendes Bild: Irland konnte eindeutig das höchste Wirtschaftswachstum erzielen, in Portugal entspricht das tatsächliche Wirtschaftswachstum nicht ganz den erwarteten Werten, d.h. beide Länder konnten in dieser Periode ihren Wohlstandsrückstand gegenüber der Gemeinschaft zum Teil aufholen.

---

<sup>1</sup> Auf 13 Milliarden ECU jährlich (d.h. auf 18 % des EG-Haushalts).

<sup>2</sup> Auf 25 Milliarden ECU jährlich.

<sup>3</sup> Kritisch wird eingewandt, daß  
- alle marktwirtschaftlichen Systeme aus betriebswirtschaftlichen Gründen dazu tendieren, regionale Ungleichgewichte zu erzeugen und zu verfestigen (*Heine 1992*) und  
- die Gefahr besteht, die Chancen zu vertun, die "sozialen Kosten der Marktwirtschaft" (ökologische Fehlentwicklungen) zu reduzieren (vgl. *Kapp, 1989*).

Tab. 2: Soziale und wirtschaftliche Lage der Ziel-Nr.-1- und Ziel-Nr.-2-Regionen<sup>1)</sup>

Regionen	Bevölkerungsdichte/km <sup>2</sup> (1987)	Erwerbsquote <sup>2)</sup> in % (1987)	Arbeitsmarkt			Wirtschaft				
			Insgesamt in % (1990)	Veränderung in Prozentpunkten (1985-90)	Durchschnitt (1988-90) EUR 12 = 100	Sektorale Struktur		EUR 12 BIP = 100 je Einwohner in KKP		
						Landw.	Industrie		Dienstleist.	
Zielgruppe 1	76,0	40,0	14,3	-0,3	165,7	21,3	27,5	51,1	67,9	66,9
Übrige Regionen <sup>3)</sup>	178,0	44,9	6,9	-2,9	84,8	5,2	35,0	59,0	103,1	103,2
Zielgruppe 2	271,0 <sup>3)</sup>	42,9	9,5	-4,2	125,1	3,4	38,2	58,0	91,3	98,1
Übrige Regionen <sup>4)</sup>	132,0 <sup>3)</sup>	43,6	8,0	-1,8	94,9	13,2	32,8	54,1	100,7	101,6
Nicht-Ziel-Nr.1- u.2-Regionen	148,2	44,0	6,2	-2,7	74,0	12,5	33,1	54,4	102,8	104,5
EUR 12	143,6	43,5	8,3	-2,4	100,0	8,6	32,3	59,1	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Zahlen für Ziel-Nr.-2-Regionen umfassen alle Regionen der NUTS-Ebene 3, die zumindest zur Hälfte förderfähig sind. Ausnahme siehe 5).

<sup>2)</sup> Erwerbspersonen insgesamt in Prozent der Gesamtbevölkerung. <sup>3)</sup> Einschließlich der Ziel-Nr.-2-Regionen. <sup>4)</sup> Einschließlich der Ziel-Nr.-1-Regionen. <sup>5)</sup> Ziel-Nr.-2-Regionen insgesamt und sonstige Regionen insgesamt.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1991, S. 49

In Griechenland liegt das tatsächliche Wirtschaftswachstum knapp unter den ohnedies geringen Prognosewerten, in Süditalien und Südspanien dürfte die Wirtschaftsentwicklung hinter den Schätzungen zurückgeblieben sein (vgl. Tondl 1994, S. 256).

Tab. 3: Verteilung von 85 % der Mittel des Europäischen Fonds für Regionalentwicklungs nach Zielregionen in Prozent

	Ziel 1 Regionen	Ziel 2 Regionen	Ziel 5b Regionen	Insgesamt
Zuteilung <sup>1</sup>	80 %	15 %	5 %	100 %
Belgien		4,3 ( 4,2)	1,2 ( 1,6)	0,7
Dänemark		0,4 ( 0,5)	0,7 ( 0,7)	0,1
Deutschland		8,9 (10,0)	27,5 (28,0)	2,7
Griechenland	16,2 (14,3)		13,0	
Spanien	32,6 (32,0)	20,7 (16,7)	7,2 ( 6,0)	29,5
Frankreich	2,1 ( 2,2)	18,3 (19,6)	37,2 (34,2)	6,3
Irland	5,4 ( 5,1)			4,3
Italien	24,5 (29,7)	6,3 ( 7,3)	16,4 (17,7)	21,4
Luxemburg		0,2 ( 0,3)	0,1 ( 0,02)	0,04
Niederlande		2,6 ( 2,8)	2,2 ( 2,7)	0,5
Portugal	17,5 (14,6)		14,0	
Vereinigtes Königreich	1,7 ( 2,2)	38,3 (38,6)	7,5 ( 9,1)	7,5
Europäische Gemeinschaft	100 %	100 %	100 %	100 %

Die Zahlen in Klammern stellen den prozentualen Anteil der Bevölkerung der betroffenen Regionen dar.

1) Prozentuale Verteilung auf die Typen der Zeitregionen nach Schätzung des Autors.

Quelle: Götzmann/Seifert 1992<sup>2</sup>, S. 50 u. 52, nach Ginderachter

Woran liegt es, daß die Regionalförderprogramme nicht in allen Ländern den erwarteten Effekt zeigten?

- Für eine effektive Regionalförderung bedarf es einer komplementären, stabilitätsorientierten, nationalen Wirtschaftspolitik (Wechselkurssta-

bilisierung, Inflationsbekämpfung und Budgetkonsolidierung) auf seiten des Mitgliedsstaats.<sup>1</sup>

- Die Strukturfondsmittel konnten nicht immer fristgerecht ausgezahlt werden, da die von den Mitgliedsländern vorzubereitenden Regionalentwicklungspläne und/oder die nationalen Finanzanteile nicht rechtzeitig bereitgestellt wurden.
- Entscheidend für den Wachstumsimpuls ist außerdem, wofür die Fördermittel eingesetzt werden. Investitionen im Produktionsbereich zeigen meist kurzfristige Effekte, Verbesserungen der Infrastruktur sind längerfristiger Natur. Die 1993 ergänzten und revidierten Regionalförderprogramme (Kohäsionsfonds) sollen zum Aufbau des Gesundheits- und Bildungswesens beitragen.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß der Gemeinschaftshaushalt in der Tat eine Umverteilungsfunktion erfüllt und ein Instrument der Kohäsionspolitik geworden ist, aber durchaus noch ausbaubar ist (vgl. *Tondl*, S. 263).

### 3.3 Zur politischen Kultur in den Mitgliedsländern

Die politische Kultur eines Landes, d.h. das "System politisch relevanter Überzeugungen der Bevölkerung" (*Gabriel 1992*, S. 16) ist eine wichtige Vermittlungsgröße zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik.

Angesichts der regionalen ökonomischen Disparitäten drängt sich die Frage auf, wie ist die Einstellung der Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft?

Die von der Brüsseler Kommission durchgeführten Umfragen zur Europapolitik (Eurobarometer) geben hier eine klare Antwort. "Zwischen 1973 bis 1990 befürworteten mehr als 60 Prozent der Befragten in den 12 Staaten

---

<sup>1</sup> Griechenland fehlt der Rückhalt einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik; es ist nicht im EWS, hat eine hohe Inflationsrate (1991: 18 % und eine enorme Staatsverschuldung, 1990: 18,6 %). Im Gegensatz zu anderen Ländern scheint es in Griechenland schwer möglich, erfolgreiche regionalpolitische Entwicklungsanstöße zu setzen.

Irland ist seit 1979 im EWS, hat mittlerweile eine niedrige Inflationsrate (1992: 3 %) und geringe Budgetdefizite (2 % des BIP).

Spanien ist seit 1989 im EWS, konnte die Inflationsrate (1992: 3 %) und das Haushaltsdefizit (1990: 4 %) reduzieren.

Portugal ist seit 1992 im EWS. Die Inflationsrate betrug 1992: 9,4 %, das Haushaltsdefizit 1990 5 %.

das Bemühen um eine Integration Europas" (*Gabriel 1992, S. 10*). Daß gerade Mitgliedsländer mit wirtschaftlich schwächeren Regionen (Italien, Spanien, Frankreich) überwiegend von der Europäischen Gemeinschaft überzeugt sind, deutet darauf hin, daß sie in ihrem Beitritt und der regionalen Strukturpolitik einen Entwicklungsantrieb sehen. Ihr gleichzeitiges Votum für soziale Reformen (Spanien, Italien, Frankreich) läßt die Tragweite dieses Modernisierungsprozesses erkennen. Unter politischem Aspekt läßt sich resümieren, daß in diesen Ländern - mit Ausnahme Italiens und abgeschwächt Griechenlands - überwiegend eine Zufriedenheit mit der Demokratie besteht (vgl. *Marmet 1993, S. 196*).

Im Unterschied hierzu zeigt sich vereinzelt in wirtschaftlich stärkeren Ländern wie Dänemark, England und der Bundesrepublik eine Skepsis bzw. neuerdings Abnahme der Europa-Begeisterung (1989 gegenüber 1973). Die Sorge, nationale und soziale Grundrechte könnten "ausgedünnt" werden (Dänemark), bzw. die Furcht vor zu großen Währungsverlusten (England), sind die Ursachen dieser Skepsis.

Ergänzend zu den ökonomischen Disparitäten zwischen Ländern Nord- und Südeuropas ist auch ein Unterschied in der "demokratischen Reife" zwischen den Mitgliedsländern zu zählen. Diese ist in Ländern des Nordens zweifellos höher als im Süden. Letztere Länder erwarten daher von der Europäischen Union auch eine Verbesserung der eigenen internen Malaise bzw. mangelnden Reformfähigkeit.

### **3.4 Die politisch-administrative Gliederung der Mitgliedsländer**

In den zentralen politischen Gegebenheiten - daß alle Staaten dem Grundtyp des parlamentarischen Regierungssystems zuzuordnen sind und die Verfassungen Rechts- und Sozialstaatspostulate enthalten - besteht zwischen den Mitgliedsländern ein hohes Maß an Homogenität.

In der politisch-administrativen Gliederung der Mitgliedsländer zeichnen sich hingegen Unterschiede ab. Hier stehen sich Zentralismus und Föderalismus als staatliche Gliederungsformen gegenüber. Während beim Zentralismus die Wahrnehmung der staatlichen Aufgaben beim Gesamtstaat liegt, besteht im Föderalismus hierin eine Arbeitsteilung zwischen regionalen Gliedstaaten und dem Gesamtstaat, so daß jede staatliche Ebene in einer Reihe von Aufgabenbereichen endgültige Entscheidungen treffen kann.

Trotz der Unterschiede der Mitgliedsländer in dieser politischen Organisationsform ist eine konvergierende Entwicklung zu beobachten (Stärkung der zentralen Institutionen im föderativen System, Dezentralisierung im zentralistischen System) (*Kimmel 1992, S. 48*). Die Motive sind überall ähnlich: durch größere Bürgernähe und vermehrte Partizipationschancen die

demokratische Qualität des Systems zu erhöhen und die administrative und ökonomische Effizienz zu verbessern.

Auch wenn das Tempo des politischen Integrationsprozesses gegenüber dem wirtschaftlichen deutlich verlangsamt ist, so stellen die angesprochenen Unterschiede in der politischen Kultur und der politisch-administrativen Gliederung der Mitgliedsstaaten keine unüberwindbaren Hindernisse auf dem Weg zu einer weiteren Integration dar.

#### 4 Regionalisierung der Hochschulentwicklung

Angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der Mitgliedsländer und Regionen im Modernisierungsprozeß kann Regionalisierung von Hochschulentwicklung - in Ergänzung zur Europäisierung - nur als Differenzierung von Hochschulentwicklung verstanden werden.

Differenzierung ist einmal geboten, weil die Hochschullandschaft Westeuropas durch eine historisch gewachsene Vielfalt gekennzeichnet ist, d.h. durch kulturelle Disparitäten, denen eine EU-Hochschulpolitik Rechnung tragen muß. Differenzierung von Hochschulentwicklung ist zum andern geboten durch ökonomische und politische Disparitäten<sup>1</sup>.

Ökonomische Disparitäten bedeuten, daß innerhalb des gemeinsamen Binnenmarktes ein erhebliches Leistungsgefälle besteht, das innerhalb der Mitgliedsländer größer ist als zwischen ihnen, und die Regionalpolitik der Gemeinschaft durch eine Dezentralisierung neuerdings darauf Bezug nimmt. Politische Ungleichgewichte bedeuten, daß innerhalb der europäischen Gemeinschaft zwischen zentralistisch und föderativ verwalteten Mitgliedsländern zu differenzieren ist; ein Ungleichgewicht, das in der Vergangenheit zu unterschiedlichen Hochschulstrukturen geführt hat (vgl. *Teichler 1991, S. 41 - 53*). Zukünftig ist für den Ausgleich dieses Ungleichgewichts eine konvergierende Entwicklung vorausgesagt: zentralistische Systeme sollen dezentralisiert werden, föderative Systeme hingegen sollen in ihren zentralen Institutionen gestärkt werden.

---

<sup>1</sup> Diese Notwendigkeit trägt der Einsicht Rechnung, daß (nationalstaatlich gesehen) - zwischen ökonomischen, politischem und Bildungssystem ein interdependenter Zusammenhang besteht und - die zwei zentralen Funktionen des politischen Systems darin zu sehen sind, ökonomisches Wachstum und politische Stabilität zu sichern.

Was haben wir unter Differenzierung von Hochschulentwicklung zu verstehen? Unter strukturellem Aspekt wird zentral eine institutionelle Differenzierung zwischen universitärem und nichtuniversitärem Bereich angesprochen<sup>1</sup>. Unter funktionalem Aspekt wird grundsätzlich zwischen Lehre und Forschung unterschieden. Inwieweit hier eine Differenzierung erfolgt ist - Lehre und Forschung zu kombinieren oder zu trennen, d.h. zwischen Berufsorientierung und Forschungsorientierung zu unterscheiden - schlägt sich in unterschiedlichen Hochschultypen (uniform versus binär oder heterogen)<sup>2</sup> und (Aus-)Bildungsgängen nieder. In Ergänzung hierzu wird inhaltlich in den Curricula zwischen universitärem und nichtuniversitärem Bereich und dem Niveau (Dauer) der Bildungsangebote unterschieden<sup>3</sup>.

Regionalisierung von Hochschulentwicklung in den hier angesprochenen Formen von Differenzierung ist als Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlichen Typen von Hochschulen zu verstehen. Für welche institutionelle Variante von Hochschulsystem (universitär oder nichtuniversitär), mit welchem funktionalen Schwerpunkt (Forschungsorientierung oder Berufsorientierung oder Kombination von beiden) und welcher inhaltlichen Ausrichtung die Entscheidung in der Hochschulentwicklung getroffen wird, sollte primär auf der Basis der regionalen Bedarfssituation erfolgen.

In der Vergangenheit war Hochschulpolitik auf Nationalstaaten bezogen. EU-Hochschulpolitik der Zukunft müßte sich unter dem Aspekt der Regionalisierung an regionalen Disparitäten orientieren: Dezentralisierung auch im Hochschulbereich fördern und innovative Aktivitäten auch in Problemregionen unterstützen, also eine Strategie entwickeln, die das Ungleichheitsgefälle innerhalb der Mitgliedsstaaten verringern könnte. Geht man von der Annahme aus, daß Wirtschaftswachstum ein Motor zur

---

<sup>1</sup> Strukturelle Unterschiede werden auch unter dem Begriff der "Systemdifferenzierung" diskutiert, wobei Unterschiede zwischen Hochschulen hinsichtlich ihrer Aufgaben, Größe und Kontrolle gemeint sind (vgl. hierzu Goedegebuure 1993, S. 382). Ergänzend ist anzumerken, daß mit einer institutionellen Differenzierung auch regionale Unterschiede gemeint sind nach Anzahl der Fakultäten, Studiengänge und Studienabschlüsse.

<sup>2</sup> Uniform: bei der die Universität der einzige Hochschultyp ist (Griechenland, Italien und Portugal);  
binär: bei der zwei Hochschultypen (universitärer und praxisbezogener) nebeneinander bestehen (Belgien, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Irland, Niederlande und Spanien);  
heterogen: mehrdimensionale Struktur (Ausnahme Frankreich).

<sup>3</sup> Funktional ist hier gleichzusetzen mit "Programmdifferenzierung", wobei Unterschiede im Angebot sowohl von Lehr- und Forschungsaufgaben als auch von Dienstleistungen zu verstehen sind (vgl. Goedegebuure 1993, S. 386).

Reduzierung territorialer Disparitäten ist, so hieße das unter hochschulpolitischem Aspekt, den Ausbau der Hochschulen in peripheren Regionen zu favorisieren. Das Beispiel der europäischen Regionalpolitik unter sozialem und wirtschaftlichem Aspekt (vgl. Abschnitt 3.2) könnte hier wegweisend sein. Konkret würde dies bedeuten: Regionalförderung der Hochschulentwicklung könnte unter vergleichbaren Bedingungen verlaufen:

Jedes Mitgliedsland hätte gegenüber der EU

- 1) regionale Entwicklungspläne für die Hochschulen vorzulegen,
- 2) die Verwendungsabsicht der Fördermittel zu benennen und
- 3) den nationalen Finanzanteil termingerecht bereitzustellen.

Danach würde von seiten der EU die Auszahlung der Strukturfondsmittel erfolgen. Im Zeitabstand von drei bis vier Jahren würde ein Bericht über die tatsächliche Hochschulentwicklung die Effektivität der Regionalförderprogramme prüfen und danach die nächste Entwicklungsphase einleiten. Eine solche Strategie der Hochschulentwicklung hätte zwei Vorteile: sich einerseits an den regionalen Disparitäten zu orientieren, andererseits die Handlungsfreiheit der Hochschulen zu erweitern. Daß Forschungs- und Technologiepolitik hierbei das Resultat eines Aushandlungsprozesses zwischen verschiedenen Akteuren auf den verschiedenen Politikebenen (EU, Bund, Ländern) bliebe, sei im besonderen betont (vgl. *Schüller 1994, S. 137, 143, 148*).

In ähnliche Richtung tendieren die Ergebnisse einer länderübergreifenden Analyse der Möglichkeiten der Hochschulpolitik und der Auswirkung hochschulpolitischer Rahmenbedingungen auf die Leistungsfähigkeit von Hochschulen<sup>1</sup>. Hier wird (unter staatlichem Aspekt) die Notwendigkeit einer Deregulierung betont, um die Vielfalt im Hochschulbereich zu erhalten und auszuweiten. Als Vorzüge einer solchen Differenzierung werden hervorgehoben:

- die erhöhten Wahlmöglichkeiten für Studierende,
- die erweiterte Handlungsfreiheit der Hochschulen (in Verbindung mit einem verstärkten Management), Auftrag und Zielsetzung selbst zu bestimmen und

---

<sup>1</sup> Gemeint sind die bereits erwähnte Studien von Goedegebuure u.a., die 1991/92 in elf Ländern durchgeführt wurde.

- die Adäquanz einer solchen Hochschulentwicklung gegenüber einer komplexen und differenzierten postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft.

Sollte zukünftige Hochschulentwicklung tatsächlich zwischen den Erfordernissen einer Europäisierung und Regionalisierung verlaufen, so müßte eine Karte der EU-Länder mit den unterschiedlichen Angebotsprofilen der Hochschulen für Studierende, Lehrende und Forschende erstellt werden. Eine solche Information kann als weitere Voraussetzung des freien Verkehrs von Personen und Dienstleistungen innerhalb der Gemeinschaft angesehen werden.

#### Literaturverzeichnis

*Archer, M. S. (1987): Cross-National Research and the Analysis of Educational Systems. In: Kohn, Melvin (ed.) Cross-National Research in Sociology, S. 242 -262*

*Berning, E. (1988): Hochschulwesen im Vergleich. Italien und Bundesrepublik Deutschland. München (Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Monographien: Neue Folge 20)*

*Commission of the European Communities (1991): A Guide to Higher Education Systems and Qualifications in the European Community. London*

*Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) (1991): Europäischer Binnenmarkt und das Bildungssystem. Ein Gutachten. Bonn (Studien zu Bildung und Wissenschaft 91)*

*Gabriel, O. W. (Hrsg.) (1992): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen*

*Geser, H. (1993): Die "Neue Weltordnung" im Spannungsfeld zwischen Kleinstaatlichkeit und Internationalen Organisationen. Österreichischer Kongreß für Soziologie. Kurzfassungen der Plenarreferate. Klagenfurt*

*Gellert, C. (Hrsg.) (1993):* Higher Education in Europe. London. (insbes.: Changing Patterns in European Higher Education. S. 9 - 20; Structures and Functional Differentiation-Remarks on Changing Paradigms of Tertiary Education in Europe. S. 234 - 246)

*Goedegebuure, L. u.a. (1993):* Resümee: Trends - Probleme - Lösungsansätze der Hochschulpolitik. In: Ders. u.a.: Hochschulpolitik im internationalen Vergleich. Gütersloh, S. 379 - 428

*Götzmann, B.; Seiffert, V. (1992<sup>2</sup>):* Räumliche Disparitäten und EU-Regionalpolitik. In: Heine/Kisker/Schikora (Hrsg.): Schwarzbuch EU-Binnenmarkt. Berlin, S. 41 - 57

*Haller, M. (1990):* The Challenge for Comparative Sociology in the Transformation of Europe. In: *International Sociology*. 5, 1992, 2, S. 183 - 204

*Haller, M. (1993):* Supermacht oder föderalistische Zivilgesellschaft neuen Typs? Österreichischer Kongreß für Soziologie. Kurzfassungen der Plenarreferate. Klagenfurt

*Haller, M.; Höllinger, F. (1994):* Zentren und Peripherien in Europa. In: Immerfall, S.; Steinbach, P. (Hrsg.) Historisch vergleichende Makro-soziologie: Stein Rokkan - der Beitrag eines Kosmopoliten aus der Peripherie.

*Heine, M.; Kisker, K.P.; Schikora, A. (1992<sup>2</sup>):* Schwarzbuch EU-Binnenmarkt. Die vergessenen Kosten der Integration. Berlin

*Kellermann, P. (1993):* Confusing Events in Contemporary Europe - A Sociological Perspective. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*. 19, 1993, S. 33 - 46

*Kimmel, A. (1992):* Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen und Verfassungsstrukturen. In: Gabriel, O.W. (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Opladen

*Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1991 a):* Memorandum zur Hochschulbildung in der europäischen Gemeinschaft. Brüssel

*Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1991 b):* Die Regionen in den 90er Jahren. Vierter periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft. Brüssel

*Kreckel, R. (1992):* Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/M.

*Marmet, G. (1993<sup>2</sup>):* Die Europäer. Länder, Leute, Leidenschaften. München

*Münch, R. (1992):* Vom Europa der Nationalstaaten zum europäischen Nationalstaat? Neue Konfliktlagen im Prozeß der Modernisierung. In: Schäfers, B. (Hrsg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992. Frankfurt a.M.

*Noll, H.-H. (1993):* Lebensbedingung und Wohlfahrtsdisparitäten in der Europäischen Gemeinschaft. In: Glatzer; Wolfgang (Hrsg.): Einstellungen und Lebensbedingungen in Europa. Frankfurt a.M.

*Schüller, J. (1994):* Die EG-Forschungspolitik und das vierte Rahmenprogramm zur Forschung und technologischen Entwicklung. In: Beiträge zur Hochschulforschung 1994, 1, S. 131 - 149

*Teichler, U. (1991):* Greifbare Realitäten. Hochschule und Berufseinstieg: Ein europäischer Vergleich. In: Uni 5, S. 41 - 53

*Tessaring, M. (1991):* Die Arbeitslandschaft der Zukunft: Projektionen auf das Jahr 2010. In: UNI. Perspektiven für Beruf und Arbeitsmarkt. Nr. 1, S. 18 - 23

*Tessaring, M. (1993):* Grenzenlos mit Einschränkung. In: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): UNI. Perspektiven für Beruf und Arbeitsmarkt EG. Heft 13, S. 41 - 51.

*Tondl, G. (1994):* Die Regionalpolitik der EG. Ein Beitrag zur Verringerung der Wohlstandsdifferenzen zwischen Zentrum und Peripherie? In: Haller, M. und P. Schachner-Blazizek (Hrsg.): Europa - wohin? Graz, S. 217 - 266

*Weidenfeld, W.; Wessels, W. (Hrsg.) (1991):* Europa von A - Z. Taschenbuch der Europäischen Integration. Bonn

Anschrift der Verfasserin:

Prof. Dr. Susanne Grimm  
Institut für Soziologie  
der Universität München  
Konradstraße 6

80801 München